



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 29.11.2018	Beginn 17:09 Uhr	Ende 21:27 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kaufmann, Michaela Dr.
Kick, Hans-Werner
Kirschner, Thorsten
Philipp, Gerd
Philipp, Sylvia Dr. bis 19:40 Uhr
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Pfeffer, Jörg bis 20:15 Uhr
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian Dr.
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Burbulla, Johanna
Huppelsberg, Wulf
Stutzenberger, Olaf ab 17:39 bis 20:00 Uhr

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Bach, Cornelia
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Jansen, Matthias
Lache, Wolfhard
Michaelis, Sandra
Mollenkott, Marion
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Tolksdorf, Andreas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Stark, Wolfgang

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Ehrung eines Ratsmitglieds | |
| 4 | Niederschriften zu den Sitzungen vom 05.07.2018 und 27.09.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 5 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 6 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 7 | Zukunft der Bäderlandschaft in der Stadt Schwelm | 215/2018 |
| 8 | Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten | |
| 9 | Zentralisierung | |
| 10 | a) 4. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Abfallwirtschaft in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat) | 203/2018 |
| 11 | a) 2. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat) | 207/2018 |
| 12 | a) 12. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)
b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat) | 209/2018 |
| 13 | Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" | 197/2018 |
| 14 | Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/ 0001.783100 - "Erwerb von | 213/2018 |

Vermögensgegenständen über 410 EUR "

15	Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0297.785100 - "Hochbauinvestitionen Kulturzentrum"	214/2018
16	Überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei Haushaltstelle 06.01.03.531800 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche -	178/2018
17	Überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei Haushaltstelle 06.03.08.533900 - Sonstige soziale Leistungen / Unterhaltsvorschussleistungen -	179/2018
18	Aufstellung des Regionalplans Ruhr 1. Bericht über die relevanten Änderungen für die Stadt Schwelm zur Kenntnis 2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Schwelm zur Vorlage beim RVR	182/2018
19	Verbesserung der Sauberkeit und Stadtbildpflege in Schwelm Antrag der Fraktionen vom 04.11.2018	202/2018
20	Grüne Infrastruktur in Schwelm Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018	200/2018
21	Antrag der CDU-Fraktion "Optionale 'Gelbe Tonne' für Schwelm" vom 01.11.2018	208/2018
22	Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2018 "Verleihung des 'Heimatpreises' durch die Stadt Schwelm"	175/2018/1
23	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Schwelm vom 25.10.2018 zur "Verleihung des 'Integrationspreises' Schwelm als ergänzenden Antrag zur Verleihung des 'Heimatpreises' Schwelm	194/2018/1
24	Antrag der SWG/BfS-Fraktion "Zuschuss für den Trägerverein Schwelmebad e.V." vom 14.06.2018	131/2018
25	Antrag der FDP-Fraktion "Trägerverein" vom 28.10.2018	204/2018
26	Antrag der FDP-Fraktion "Bürgerbudget" vom 28.10.2018 (Eingang des Antrags: 04.11.2018)	205/2018
27	Antrag der FDP-Fraktion "Neukonstituierung der Ausschüsse" vom 04.11.2018	211/2018
28	Änderung der Rechnungsprüfungsordnung	126/2018/1
29	Beteiligungsbericht 2017	187/2018

30	Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule	
30.1	Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule	083/2018
30.2	Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule	193/2018
31	Elternbeiträge	
31.1	Neugestaltung der Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2018 (neue Version) zur Vorlage 039/2018/1	039/2018/5
31.2	Neugestaltung der Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung	039/2018/4
32	Erlass einer neuen Entgeltordnung für die Nutzung von Sport- bzw. Veranstaltungsstätten sowie von Schulräumen und Schulflächen	155/2018
33	Freigabe von Verkaufssonntagen 2018 - Änderung	022/2018/1
34	Haushalt 2019	
34.1	Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2019	190/2018
34.2	1. Änderung des Stellenplans 2019 / weitere Erläuterungen	132/2018/5
34.3	Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2019	210/2018
35	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

Frau Bürgermeisterin Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Ratssitzung und spricht traditionell zunächst allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung am 28.09.2017 Geburtstag hatten, nachträgliche Geburtstagsglückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Anschließend eröffnet Frau Grollmann die heutige Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung gibt sie nachstehende Hinweise:

ES WIRD VORGESCHLAGEN, DIESE UM

- Die Vorlagen 022/2018/1 und 132/2018/5 zu erweitern
- Hier gehe es zum einen um einen Eilantrag der Gewerkschaft Verdi zur Verhinderung der Öffnung der Verkaufsstellen am 16.12.2018. Aus Anlass des Weihnachtsmarktes 2018 soll die aktuelle Verordnung aufgehoben werden und in heutiger Ratssitzung in der Form neu beschlossen werden, um eine Grundlage dafür zu schaffen, dass die Veranstaltung am 16.12.2018 grundsätzlich rechtskonform durchgeführt werden kann. Zum anderen gehe es um eine weitere Erläuterung zur 1. Änderung des Stellenplans 2019.
- Als nächstes schlägt sie vor, vor Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage 210/2018 die Berichtsvorlage 132/2018/5 mit den Vorlagen 190/2018 und 210/2018 unter der gemeinsamen Überschrift „Haushalt 2019“ zusammen zu fassen.
- Weiterschlägt sie vor, die Vorlagen-Nummer 039/2018/5 zusammen mit der Vorlage 039/2018/4 der Verwaltung unter dem Themenkomplex „Elternbeiträge“ in die Tagesordnung einzugliedern.
- Als nächstes schlägt sie vor, den Tagesordnungspunkt A 27 - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Wetter(Ruhr) zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle mit Vorlage 129/2018 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Angelegenheit noch nicht beschlussreif sei.
- Sie verweist darauf, dass im nichtöffentlichen Sitzungsteil die Vorlage 191/2018 durch die Vorlage 191/2018/1 zu ersetzen sei. Hier gehe es um den Erwerb eines Grundstückes.
- Zu guter letzt schlägt sie vor, den Tagesordnungspunkt A 34 wegen des ggf. höheren Öffentlichkeitsinteresses auf den Platz 7 nach vorne zu ziehen, um die erschienen Besucher*innen nicht länger als nötig warten zu lassen.

Abstimmung über die Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Ehrung eines Ratsmitglieds

Frau Grollmann bringt ihre Anerkennung für die verdienstvolle Arbeit des Herrn Rüttershoff zum Ausdruck. Sie dankt ihm für sein großartiges Wirken im Rat der Stadt Schwelm und darüber hinaus für die gesamte Stadt Schwelm. Auch dankt sie seiner Familie, die Herrn Rüttershoff bei der Ausübung seiner Tätigkeit unterstützt haben. Sie begrüßt Herrn Nockemann, der als Nachfolger des Herrn Rüttershoff in den Rat der Stadt Schwelm zum 1.1.2019 einziehen werde.

Es schließen sich Dankesworte des Herrn Rüttershoff, des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Flühöh und der Ratsfrau Gitta Gießwein an.

Der Rat und die Verwaltung verabschieden Herrn Rüttershoff mit einem langanhaltenden Applaus.

4 Niederschriften zu den Sitzungen vom 05.07.2018 und 27.09.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Herr Beckmann bittet auf humorvolle Weise um die richtige Schreibweise seines Namens.

Herr Kranz vermisst in den Niederschriften seine Anfrage hinsichtlich des Glatzer Weges und des Standards des Straßenbaues in Schwelm allgemein.

Anmerkung des Protokolls: Es lag kein Versäumnis des Protokolls vor. Der Sachverhalt konnte zwischenzeitlich geklärt werden.

5 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes fragt Frau Grollmann, ob es Fragen seitens der Einwohner gebe.

Herr Volkmann meldet sich zu Wort. Er habe eine Frage bezüglich der Skizze der neuen Bäderlandschaft, welche in der Presse erschienen sei. Er könne sein Haus nicht mehr auf der Planskizze finden. Ob dies etwas zu bedeuten habe.

Die Antwort der Verwaltung führt aus, dass es sich hier um ein Versehen in der Plandarstellung handeln müsse.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt..

6 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Grollmann teilt mit, dass die neue Broschüre „Radwegenetz“ im Rathaus und bei den städtischen Außenstellen ausliege.

Herr Kranz scheint der Punkt 1 des Beschlussvorschlages zu kurz gegriffen und er beantragt eine Änderung des Beschlussvorschlages in folgender Form:

Ergänzung Punkt 1: Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung der Empfehlung des Arbeitskreises Bäder inklusive weiterer möglicher Alternativen im 1. Halbjahr 2019 die Planung der Bäderlandschaft in den zuständigen Fachausschüssen zu konkretisieren.

Herr Flühöh bedankt sich im Namen der CDU Fraktion bei Allen, die sich bei der Gestaltung der zukünftigen Bäderlandschaft eingebracht haben. Es stehe jetzt an, die Ergebnisse auszuwerten und sich Gedanken zu machen, was noch zu klären sei. Es gelte den seinerzeitigen Beschluss und die Ergebnisse des Arbeitskreises abzugleichen. Herr Flühöh signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Stutzenberger führt aus, dass der Weg ein wenig länger gewesen sei und man sich von 11 ursprünglichen Varianten auf zwei geeinigt habe. Es sehe eine Erweiterung des Beschlussvorschlages nicht als notwendig an.

Herr Kick sagt, dass die Position der SPD Fraktion seit 10 Jahren unverändert sei, eine ganzjährige Bäderlösung am jetzigen Standort des Freibades sicherzustellen. Er sagt die Zustimmung seiner Fraktion zur vorgelegten Vorlage zu.

Herr Gießwein führt aus, dass die Position seiner Fraktion seit langen feststehe. An Herrn Kranz gerichtet sagt er, dass der Vorschlag des Herrn Kranz sich nicht mit dem seinerzeitigen Beschluss und den Ergebnissen des Arbeitskreises decke. Er dankt der Verwaltung für die Zusammenstellung und deutet Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage an.

Herr Kranz konkretisiert daraufhin seine Begründung zur Änderung des Beschlussvorschlages. Es solle die Möglichkeit eröffnet werden über die zwei feststehenden Varianten hinaus weitere Möglichkeiten diskutieren zu können.

Herr Schwunk äußert, dass die Fraktion der FDP die Ergebnisse und die Bürgerbeteiligung erfreulich finde. Er plädiert dafür, dass man sich ausschließlich mit den geeinigten Varianten befassen solle, da es hierzu eine eindeutige Willensbildung gegeben habe.

Herr Flühöh ergänzt, dass ja der Fraktion unbenommen sei im weiteren Prozess noch andere Varianten prüfen zu lassen. Dennoch brauche die Verwaltung eine genaue Aussage, was denn konkret geprüft werden solle.

Herr Kranz gibt zu Bedenken, dass man, wenn neue Erkenntnisse vorlägen auch mal einen Schritt wieder zurückgehen könne.

Frau Lubitz unterstützt Herrn Kranz dem Inhalt nach.

Frau Grollmann lässt über folgenden Änderungsantrag abstimmen:

Punkt 1: Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung der Empfehlung des Arbeitskreises Bäder inklusive weiterer möglicher Alternativen

im 1. Halbjahr 2019 die Planung der Bäderlandschaft in den zuständigen Fachausschüssen zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	4
	dagegen:	34

Frau Grollmann ruft zur Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag auf.

Beschluss:

1.)

Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung unter Einbeziehung der Empfehlung des Arbeitskreises Bäder im 1. Halbjahr 2019 die Planung der Bäderlandschaft in den zuständigen Fachausschüssen zu konkretisieren.

2.)

Zur Fortsetzung des im Sachverhalt dargestellten Planungsprozesses werden investive Mittel bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0299.785100 – Hochbauinvestitionen Bäder – in Höhe von 125.000€ zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	3

8 Vorstellung der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Grollmann begrüsst Frau Dr. Sandra Michaelis als neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwelm und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Michaelis stellt sich und ihr zukünftiges Aufgabengebiet in Form einer Präsentation kurz vor. *Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt*

Nach der Ausführung der Frau Dr. Michaelis meldet sich Herr Feldmann zu Wort und äußert seinen Unmut darüber, dass die Aufgabe der Gleichstellung mit 19,5 Stunden (0,5 Vollzeitstellen) wahrgenommen werde. Er werde in Zukunft darauf drängen, dass die Stelle wieder auf einen Vollzeitstelle ausgeweitet werde.

9 Zentralisierung

Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor.

Frau Grollmann gibt bekannt, dass sie rechtzeitig mitteilen werde, ob der Termin am 10.12. stattfinde.

- 12 a) 12. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (nur Verwaltungsrat)
 b) Beschluss über die Ausübung des Weisungsrechts gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Rat)

209/2018

Beschlussvorschlag für den Verwaltungsrat (zu a):

1. Der 12. Nachtrag zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Schwelm (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) gemäß dem Entwurf zu Vorlage 209/2018 wird beschlossen.
2. Der Beschluss zu 1. Steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat keine anderslautende Weisung erteilt.

Beschlussvorschlag für den Rat (zu b):

Der Rat der Stadt Schwelm macht keinen Gebrauch von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 13 **Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement"** 197/2018

Herr Schweinsberg erläutert, dass es sie hierbei unter anderem um schwer kalkulierbare Verbräuche handele. Eine Position sei auch der Bäderlandschaft zuzuordnen. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen angezeigt werden, bittet Frau Grollmann um Abstimmung..

Beschluss:

Im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement" werden für das Haushaltsjahr 2018 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von insgesamt 250.000,-- EUR bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

35.000,-- EUR	bei 01.01.13.524110	- Energie und Wasser
45.000,-- EUR	bei 01.01.13.524190	- Sonstige Bewirtschaftung
90.000,-- EUR	bei 01.01.13.524193	- Gebäudereinigung
80.000,-- EUR	bei 01.01.13.543160	- Sachverständigen-, Gerichts- u.ä. Kosten
250.000,00 EUR gesamt		

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitungen ist durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 – „Gewerbsteuer“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Kirschner war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**14 Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen bei 213/2018
der Haushaltsstelle 01.01.13/ 0001.783100 - "Erwerb
von Vermögensgegenständen über 410 EUR "**

Herr Schweinsberg führt aus, dass alle Anschaffungen neuer Büromöbel auch für den Umzug ins neue Rathaus vorgesehen seien..

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2018 werden bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0001.783100 – „Erwerb von Vermögensgegenständen über 410 EUR“ überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 43.000,-- EUR bewilligt.

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitung ist durch Minderauszahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0277.785100 - "Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt" sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**15 Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen 214/2018
bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0297.785100 -
"Hochbauinvestitionen Kulturzentrum"**

Herr Schweinsberg erläutert, dass es um Kosten des Abrises der Villa XDry gehe. Er macht an dieser Stelle deutlich, dass der Abriss ohne eine Fällung der Bäume vorgesehen sei.

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2018 werden bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0297.785100 – „Hochbauinvestitionen Kulturzentrum“ außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 60.000,-- EUR bewilligt.

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitung ist durch Minderauszahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0277.785100 - "Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt" sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	33
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	4

**16 Überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei 178/2018
Haushaltsstelle 06.01.03.531800 - Zuweisungen und
Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche -**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 06.01.03.531800 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche - werden überplanmäßige Aufwendungen / -auszahlungen in Höhe von 841.000,00 € für das Haushaltsjahr 2018 bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge/- einzahlungen bei der Haushaltsstelle 06.01.03.414100 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land - i.H.v.

786.400,00 € und bei der Haushaltsstelle 06.01.03.432100 - Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte - in Höhe von 54.600,00 € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**17 Überplanmäßige Aufwendungen/-auszahlungen bei 179/2018
Haushaltsstelle 06.03.08.533900 - Sonstige soziale
Leistungen / Unterhaltsvorschussleistungen -**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 06.03.08.533900 - Sonstige soziale Leistungen / Unterhaltsvorschussleistungen - werden überplanmäßige Aufwendungen / -auszahlungen in Höhe von 63.000,00 € für das Haushaltsjahr 2018 bewilligt. Die Deckung ist durch Mehrerträge/- einzahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 - Gewerbesteuer - gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**18 Aufstellung des Regionalplans Ruhr 182/2018
1. Bericht über die relevanten Änderungen für die
Stadt Schwelm zur Kenntnis
2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt
Schwelm zur Vorlage beim RVR**

Frau Grollmann erläutert die Beschlussfassung des Hauptausschusses zu dieser Vorlage. Der Hauptausschuss habe den Punkt 1 des Beschlussvorschlages zur Kenntnis genommen. Die Punkte 2 und 3 habe der Hauptausschuss in die erste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung vertagt. Sie schlägt dem Rat die gleiche Verfahrensweise vor. Der Vorschlag findet die Zustimmung des Rates und Frau Grollmann ruft zur Abstimmung auf.

geänderter Beschluss:

1. Kenntnisnahme des Berichts (Teil 1 dieser Vorlage) über die geplanten und für die Stadt Schwelm relevanten Änderungen des Regionalplans.
2. Beschluss der erarbeiteten Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 5) zur Vorlage beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuvor beschlossene Stellungnahme dem RVR vorzulegen.
4. Die Punkte 2 und 3 werden in die erste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

19 Verbesserung der Sauberkeit und Stadtbildpflege in Schwelm 202/2018
Antrag der Fraktionen vom 04.11.2018

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunkts führt Herr Kranz aus, dass er am 16.8.2018 eine Anfrage an die Technischen Betriebe Schwelm gestellt habe, deren Beantwortung immer noch ausstehe. Wenn diese Antwort vorgelegen hätte, dann hätte er auch konkreter beschließen können. Er ist über die Verfahrensweise und den Umgang mit seiner Anfrage sehr verärgert.

Herr Schweinsberg verstehe die Verärgerung des Herrn Kranz, hätte sich jedoch gewünscht, dass das Anliegen über den Verwaltungsvorstand an ihn herangetragen worden wäre. Er nehme die Anfrage für die nächste Sitzung des Verwaltungsvorstandes auf und werde eine Beantwortung über den Vorstand veranlassen..

Beschluss:

1. Im Haushalt der Stadt Schwelm werden für das Jahr 2019 – sowie zunächst für die Folgejahre 2020 und 2021 – 100.000 € jährlich zur Intensivierung von Maßnahmen zur Sauberkeit und Stadtbildpflege in der Stadt Schwelm bereit gestellt.

2. Die „Technischen Betriebe der Stadt Schwelm“ (TBS) werden beauftragt, zur Umsetzung der Maßnahmen ein Konzept zu erarbeiten (u.a., Katalog präventiver Maßnahmen, Investitionen, Umfang zusätzlicher personeller Kapazitäten, Aufgaben- und Einsatzschwerpunkte, räumlicher Einsatzbereich).

3. Das Konzept der TBS wird den zuständigen Ausschüssen und dem Rat der Stadt Schwelm zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Der Beginn der Maßnahmen zur Sauberkeit und Stadtbildpflege sollte für das 2. Quartal 2019 angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

20 Grüne Infrastruktur in Schwelm 200/2018
Antrag der SPD Fraktion vom 25.10.2018

Herr Philipp als Vertreter der antragstellenden SPD-Fraktion stellt einen Vertagungsantrag in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung.

Dem Vertagungsantrag wird einstimmig gefolgt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Schwunk war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

1. Die Verwaltung und/oder der Vorstand der TBS AÖR wird/werden beauftragt, in Abstimmung mit der Kreisverwaltung, wenn notwendig mit den anderen kreisangehörigen Städten des Ennepe- Ruhr-Kreises und ggf. in Abstimmung mit der für die Sammlung beauftragten Firma AHE die optionale Einführung einer Gelben Tonne zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu überprüfen.

Ziel soll es sein, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Wahlmöglichkeit zu eröffnen, ob Sie weiterhin die gelben Säcke in Anspruch nehmen oder ihren Verpackungsmüll künftig in einer gelben Tonne entsorgen.

2. Die Verwaltung und/oder der Vorstand der TBS AÖR wird/werden beauftragt, die Vor- und Nachteile einer optionalen Einführung bis zum Ende des ersten Quartals 2019 zusammenzustellen und dem Rat und seinen Gremien sowie dem Verwaltungsrat der TBS AÖR zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	3

22 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2018 "Verleihung des 'Heimatpreises' durch die Stadt Schwelm" 175/2018/1

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes schlägt Frau Grollmann vor, die Tagesordnungspunkte A 22 und A 23 gemeinsam zu behandeln. Dem Vorschlag wird einvernehmlich gefolgt.

Nach Einstieg in den Tagesordnungspunkt erläutert Frau Grollmann die vorherigen Abstimmungen aus den Gremien Kulturausschuss und Hauptausschuss. Der ergänzende Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sei ausführlich im Hauptausschuss erläutert und in modifizierter Form unter Ergänzung um den Betrag von 5.000 € beschlossen worden.

Als antragstellende Fraktion erläutert Herr Flühöh, dass es eine Abstimmung zwischen den Fraktionen CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN gegeben habe und man sich darauf geeinigt habe, dass beide Fraktionen ihre Anträge nochmals modifizieren. Der „Heimatpreis“ solle nur verliehen werden, wenn Fördermittel zur Verfügung stehen. Die Verleihung des „Integrationspreises“ (Vorlage 194/2018/1) solle ab dem Jahr 2019 erfolgen, im Unterschied zum Heimatpreis aber nicht jährlich .

Herr Kranz betont, dass es ihm darauf ankomme, dass die Preise nur verliehen werden, wenn hierfür Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Mollenkott erwidert, dass bisher keine Haushaltsmittel für diese Zwecke in den Haushalt eingestellt worden und damit nicht verfügbar seien.

Herr Feldmann unterstreicht, dass es sich hinsichtlich des jährlichen „Heimatpreises“ ausschließlich um Fördermittel handele, die nicht im Haushalt zu etatisieren seien.

Geänderter Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beschließt:

1. Die Stadt Schwelm verleiht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab dem Jahr 2019 jährlich einen Heimatpreis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Nordrhein-Westfalen (Bezirksregierung Arnsberg)
 - a. einen Antrag auf Förderung in Höhe von 5.000 € für das Jahr 2019 und
 - b. sofern vom Land ausgelobt jeweils für die Folgejahre entsprechend weitere Anträge zu stellen.
3. Als Preiskriterien werden die in der Begründung aufgeführten drei Punkte zugrunde gelegt. Die jeweiligen Preisträger werden jährlich auf Vorschlag der Verwaltung vom Ältestenrat bestimmt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	32
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	5

Herr Kick war bei der Abstimmung nicht anwesend.

23 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Schwelm 194/2018/1 vom 25.10.2018 zur "Verleihung des 'Integrationspreises' Schwelm als ergänzenden Antrag zur Verleihung des 'Heimatpreises' Schwelm

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt A 22 behandelt. Auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen..

Geänderter Beschluss:

1. Die Stadt Schwelm verleiht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab dem Jahr 2019 neben dem von der CDU beantragten Heimatpreis einen Integrationspreis Schwelm *in Höhe von 5.000 €*.
2. Als Preiskriterien werden die in der unten stehenden Begründung aufgeführten drei Punkte zugrunde gelegt. Die jeweiligen Preisträger werden jährlich auf Vorschlag der Verwaltung vom Ältestenrat bestimmt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	34
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	3

Herr Kick war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert die bisherigen Abstimmungsergebnisse aus den einzelnen Gremien. Sie werde den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellen, der im Finanzausschuss gefasst wurde. Die Fraktion der SWG/BfS habe sich in allen Gremien mit dem entsprechenden Beschlussvorschlag einverstanden erklärt.

Anschließend erteilt sie Herrn Schweinsberg das Wort.

Herr Schweinsberg führt aus, dass die Verwaltung in der HA-Sitzung vom 22.11.2018 gebeten worden sei, Kontakt zum Trägerverein zu suchen. Dies solle in der in der Form geschehen, dass dem Trägerverein die beiden relevanten Verträge (Pacht-und Fördervertrag) zu übersenden seien. Dies sei von der Bürgermeisterin umgehend erfolgt.

Danach habe sich ein Schwelmer Bürger, sowohl bei der Verwaltung als auch beim Trägerverein gemeldet und Unterstützung zugesagt.

Am gestrigen Mittwoch habe sich der Vorsitzende Herr Siepman dann bei der Verwaltung gemeldet. Es habe Einigkeit über folgendes Vorgehen erzielt werden können.

- Der Trägerverein werde zum Jahresende die Zahlen zusammenstellen. Darüber hinaus werde er im Januar mit der Verwaltung über die o.g. Verträge sprechen und seine Hinweise geben.

In der Sitzung des HA am 07.02.19 solle dann ein Bericht erfolgen. Damit bestehe grundsätzlich die Möglichkeit bei einem positiven Votum des Rates noch vor Saisonbeginn diverse Maßnahmen umzusetzen.

Sofern ein Beitritt und eine Entscheidung in Anlehnung zu den bisherigen Beratungen zu diesem Vorschlag heute noch erfolge mache er den Vorschlag, dass dann der entsprechende Sperrvermerk nicht zu Gunsten des Liegenschaftsausschusses im Haushalt 2019 aufgenommen werde , sondern zu Gunsten des Hauptausschusses.

Der Vorschlag wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Herr Flüshöh freut sich, dass endlich Bewegung in die Sache gekommen sei und dankt dem besagten Schwelmer Bürger für sein Engagement.

Herr Lenz dankt ebenfalls dem besagten Schwelmer Bürger und gehe davon aus, dass die Zahlen rechtzeitig für die Fraktionssitzungen zur Verfügung stehen.

Herr Kranz bestätigt, dass seine Fraktion als Antragsteller das Vorgehen und den geänderten Beschlussvorschlag mittrage.

Geänderter Beschluss:

1. Der Pachtvertrag wird zur Anpassung neu und ergänzend mit dem Ziel, unregelte Sachverhalte für beide Seiten einvernehmlich zu regeln, verhandelt.

2. Ab dem Haushaltsjahr 2019 wird im Haushalt ein jährlicher Zuschuss an den Trägerverein Schwelmebad e.V. in Höhe von 50.000 € vorgesehen, der in Höhe eines Teilbetrages von 15.000 € mit einem Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses belegt wird.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

25 Antrag der FDP-Fraktion "Trägerverein" vom 28.10.2018 204/2018

Herr Schwunk erläutert den Antrag seiner Fraktion. Es sei für seine Fraktion wichtig, die Chance zu nutzen und eine aktuelle Entscheidung zu treffen. Die Stadt sei verantwortlich die Einrichtung und den Betrieb sicherzustellen. Das gehe seiner Meinung nach nur mit einem funktionstüchtigen Kinderbeckens. Momentan seien Mittel im Haushalt frei. Es gehe ihm hier alleinig um die Immobilie, die instand gehalten werden müsse. Es könne seiner Meinung nach einen Sperrvermerk zu Gunsten de Hauptausschusses geben, um die Mittel im neuen Jahr abrufen zu können.

Herr Flühöh schlägt vor, sich den Pachtvertrag nochmals genauer anzuschauen. Man habe jetzt eine Lösung gefunden, die man umsetzen könne. Weiter schlägt er vor, nicht verausgabte Gelder zur weiteren Schuldentilgung zu nutzen. .

Beschluss:

Zum Erhalt des Kinderbeckens im Freibad erhält der Trägerverein noch im Jahr 2018 einen Zuschuss von 20.000 €. Die Deckung in Höhe von 10.000 € erfolgt durch die nicht verausgabten Mittel aus dem Bürgerbudget.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	5
	dagegen:	31
	Enthaltungen:	1

Herr Pfeffer war bei der Abstimmung nicht anwesend.

26 Antrag der FDP-Fraktion "Bürgerbudget" vom 28.10.2018 (Eingang des Antrags: 04.11.2018) 205/2018

Herr Schwunk führt aus, dass seine Fraktion den Verfahrensvorschlag nochmals konkretisieren und nachreichen werde.

Herr Kranz zeigt eine Enthaltung seiner Fraktion an, da man erst die konkreten Verfahrensschritte wissen müsse..

Beschluss:

Die Haushaltsansätze für das Bürgerbudget werden im Jahr 2019 fortgeschrieben.

Für die FDP-Fraktion ist ein Bürgerbudget ein wichtiger Ansatz für eine neue und moderne Bürgerbeteiligung. Leider hat die Verwaltung in 2018 den Ratsbeschluss

nicht umgesetzt. Für 2019 wird daher ein vereinfachtes Verfahren in drei Schritten vorgeschlagen:

1. Es erfolgt ein öffentlicher Aufruf zur Abgabe von Vorschlägen. Vereine, Nachbarschaften und soziale Einrichtungen werden gesondert angeschrieben. Die Bürgerbeteiligung zum Stadtentwicklungskonzept wird hierbei eingebunden.
2. Die Vorschläge werden unter den Gesichtspunkten Integration, Heimatförderung, Sportförderung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit (je 5 Punkte) bewertet.
3. Zum Abschluss erfolgt eine Abstimmung in einer öffentlichen Einwohnerversammlung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	3

27 Antrag der FDP-Fraktion "Neukonstituierung der 211/2018
Ausschüsse" vom 04.11.2018

Frau Grollmann erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Schwunk führt aus, dass er erheblich den Spiegelbildlichkeitsgrundsatz verletzt sehe und die momentane Ausschussbesetzung das Wahlergebnis nicht widerspiegele. Für ihn sei alleine die Auflösung einer Fraktion und eine weitere während der Legislaturperiode eingetretene Verschiebung durch Fraktionswechsel eines Ratsmitgliedes ausreichende Gründe einer Neuwahl der Ausschüsse, ausgenommen dem Jugendhilfeausschuss. Er werde seinen Antrag dahingehend abändern, dass alle betroffenen Ausschüsse zum Inhalt werden.

Herr Flüshöh sieht die Rechtslage ähnlich. Die Auffassung des Herrn Schwunk ließe sich nicht widerlegen. Er betont, dass das Verfahren aber dann alle Gremien und Ausschüsse betreffe.

Herr Feldmann bezweifelt die Rechtslage nicht an, weist aber darauf hin, dass er dann Angelegenheiten des Liegenschaftsausschusses in den Rat einbringen müsse.

Herr Kirschner führt aus, dass eine Rechtspflicht für ihn nicht gegeben sei. Er sehe lediglich die Möglichkeit, aber eben nicht die Pflicht. Er verstehe den Städte- und Gemeindebund so, dass eine wesentliche Änderung gegeben sein müsse. Es gehe nicht darum Unschärfen zu korrigieren.

Er könne für die Stadt Schwelm keine wesentliche Störung feststellen. Daher nehme er davon Abstand, ohne Rechtspflicht eine funktionierende Ausschussarbeit zu ändern. Das Verfahren sei eine wesentliche Zäsur der Gremienarbeit. Herr Kirschner gibt weiter zu Bedenken, dass eine solche Befassung mit sich selbst (Rat) und der damit verbundene Verwaltungsaufwand nicht nötig sei.

Herr Schwunk entgegnet, dass die Befassung in der Sache notwendig sei, weil es das Demokratieverständnis gebietet. Die Wesentlichkeit sei für ihn durch die Auflösung einer Fraktion gegeben. 20% der Sitze seien von einer Neuverteilung betroffen. Auch das stelle für ihn eine Wesentlichkeit dar.

Herr Kranz führt aus, dass sich für seine Fraktion die Situation der unterschiedlichen Rechtsauffassungen stelle, die er nicht beurteilen könne. Daher werde er sich mit seiner Fraktion enthalten.

Frau Lubitz sagt, dass das Verfahren nicht nur für ausgesuchte Ausschüsse gelten dürfe.

Herr Flüshöh unterstreicht nochmal seine Rechtsauffassung in der er die Erheblichkeit überschritten sehe, da Fraktionen Mitglieder in Ausschüsse entsenden, was sie nach seiner Auffassung nicht mehr dürften.

Herr Kirschner erkundigt sich bei der Verwaltung ob die Rechtssicherheit gewahrt bliebe, wenn seine Fraktion ablehnend beschließen würde.

Frau Heringshaus bestätigt die Rechtssicherheit und führt aus, dass die Verwaltung ebenfalls geprüft habe und zu keine Rechtspflicht gekommen sei. Der in der Diskussion angesprochene Fall der Stadt Spröckhövel sei anders rechtlich zu bewerten, da sich in Sprockhövel eine Fraktion neu gebildet habe.

Herr Gießwein erläutert, dass man im Ältestenrat einen vernünftigen Weg gefunden habe und entgegen den dortigen Absprachen sich nunmehr die FDP-Fraktion sich nur interessante Ausschüsse herausgepickt habe. Er sehe den Aufwand und die Kosten in keinem Verhältnis zur restlichen Dauer der Legislaturperiode.

Herr Schwunk ändert den Antrag der FDP-Fraktion wie folgt:

Die FDP-Fraktion beantragt bis zum 14.2.2019 die Auflösung und Neuwahl aller Ausschüsse, mit Ausnahme des Jugendhilfeausschuss.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den nunmehr geändert eingebrachten Antrag.

Geänderter Beschluss:

Die FDP-Fraktion beantragt bis zum 14.2.2019 die Auflösung und Neuwahl aller Ausschüsse, außer dem Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	21
	Enthaltungen:	14

28 Änderung der Rechnungsprüfungsordnung

126/2018/1

Beschluss:

Der Änderung der Rechnungsprüfungsordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Garn und Herr Rüttershoff waren während der Abstimmung nicht anwesend.

Der Beteiligungsbericht 2017 wird zur Kenntnis genommen..

30 Gebäude der ehemaligen Gustav-Heinemann-Schule

Frau Grollmann ruft den Tagesordnungspunkt A 30 auf und schlägt vor, diesen gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten A 30.1. und A 30.2. zu beraten. Dem Vorschlag wird einvernehmlich gefolgt.

30.1 Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule**083/2018**

Frau Grollmann ruft die Vorlagen 083/2018 und 193/2018 auf und erläutert, dass der Hauptausschuss beide Vorlagen in die 1. Sitzung des Schulausschuss vertagt habe. Die Sitzung des Schulausschusses sei eine zusätzliche Sitzung im Januar 2019.

Herr Kirschner stellt für die SPD – Fraktion den Vertagungsantrag.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Garn und Herr Rüttershoff waren während der Abstimmung nicht anwesend.

30.2 Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule**193/2018**

Der Tagesordnungspunkt wurde unter dem Tagesordnungspunkt A 30.1 mitbehandelt. Die Vorlage 126/2018 wird in die nächste Sitzung des Schulausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Frau Garn und Herr Rüttershoff waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

31 Elternbeiträge**31.1 Neugestaltung der Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung - Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2018 (neue Version) zur Vorlage 039/2018/1****039/2018/5**

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Schwunk das Wort.

Herr Schwunk bietet an, den Antrag in den nächsten Beratungen zum Haushalt abzarbeiten. Im Moment müsse das neue Gesetz abgewartet werden. Dennoch könne man ein Zeichen setzen und die Beiträge absenken. Hinsichtlich des Beschlussvorschlages führt Herr Schwunk aus, dass man den Punkt 1 vertagen könne und im Punkt 2 und 3 eine Senkung der Gebühren um 1/3 beschließen könne.

Herr Kick schließt sich dem Punkt 1 vollumfänglich an, werde aber keinen Beschluss über bereits bereitgestellte Mittel treffen. Eine Absenkung der Gebühren sei für ihn vorstellbar, er warte aber noch auf die Gebührentafeln.

Herr Schwunk konkretisiert seine Ausführungen vor dem Hintergrund, dass das Land entschieden habe, die Integrationspauschale vollumfänglich zu den Kommunen durchzuleiten. Damit ergebe sich ein Spielraum, da man deutlich im Plus sei. Es sehe daher die Möglichkeit auch etwas an die Bevölkerung zurückzugeben. Er halte die Auffassung von Herrn Kick nicht richtig. Seiner Meinung nach investiere das Land eher in die Qualität und nicht in die Gebührenordnung. Die Gebührenordnung sei eine kommunale Angelegenheit und es sei ein Signal an die Bürgerschaft eine signifikante Absenkung der Beiträge herbeizuführen. Es müsse jetzt in den Haushalt eingebracht werden, damit es in die Beratungen 2019 einfließen könne.

Frau Mollenkott verweist auf eine Schnellmeldung des Städte- und Gemeindebundes, dass es noch keine belastbaren Zahlen oder Tabellen gebe und daher eine Veranschlagung im Haushalt nicht erfolgt sei.

Auf die Worte des Herrn Schwunk antwortet Herr Gießwein, dass es doch letztes Jahr die Fraktion der FDP gewesen sei, die auf die Erstellung einer neuen Gebührentabelle gedrungen habe. Die Verwaltung habe dann um Rückmeldung gebeten. Nach einem $\frac{3}{4}$ Jahr werde jetzt von der FDP Fraktion der gleiche Antrag gestellt. Lediglich das Datum und die Summe habe sich geändert. Die FDP Fraktion erwecke den Eindruck, dass eine Gebührenerhöhung stattgefunden habe. Dies sei nicht der Fall. Auf Wunsch der FDP Fraktion habe man eine neue Beitragsgruppe eingefügt. Wenn eine Absenkung der Gebühren erfolgen soll, dann auch über alle Beitragsgruppen. Seine Fraktion werde Punkt 1 zustimmen. Die Punkte 2 und 3 werde seine Fraktion ablehnen.

Herr Flühöh führt aus, dass es eine Tatsache sei, dass die Bundesregierung per Gesetz die Bereitstellung von über 5 Milliarden Euro für die Erhöhung der Qualität in Kindertagesstätten beschlossen habe. Dieses Geld könne man nicht mit dem KIBIZ koppeln, da es sich um unterschiedliche Rechtsgebiete handle. Es bleibe abzuwarten in welcher Höhe die Gelder letztendlich bei den Kommunen ankämen. Punkt 1 werde seine Fraktion zustimmen. Bei den Punkten 2 und 3 werde seine Fraktion nicht zustimmen, da abzuwarten bleibe, in welcher Höhe die Mittel durch den Bund gezahlt werden. Wenn die Gebührenminderung nicht gedeckt sei, müssen in 2020 Überlegungen zum Ausgleich angestellt werden. Darüber hinaus könne man im Nachgang viele Dinge regeln. Nachtragshaushalte oder die Genehmigung außerplanmäßiger Mittel seien probate Optionen. Noch befinde man sich im Stärkungspakt und ein überlegter Umgang mit Überschüssen sei angezeigt. Er sehe im Antrag der FDP Fraktion keinen verantwortungsvollen Umgang mit haushalterischen Mitteln.

Für Herrn Kranz komme dieser Antrag zu kurzfristig. Die Erkenntnis, das dem so sei, könne doch nicht so kurzfristig gewesen sein. Aus seiner Sicht mache man hier den 2. vor dem 1. Schritt. Herr Kranz fragt, wie die Gebühren in den Nachbarstädten gestaltet seien.

Dem Punkt 1 könne seine Fraktion zustimmen. Den Punkten 2 und 3 derzeit nicht.

Herr Gießwein beantragt getrennte Abstimmung über die Punkte des Beschlussvorschlages.

Frau Grollmann ruft die Punkte einzeln auf und bittet um jeweilige Abstimmung.

Beschluss:

Die FDP-Fraktion stellt zu ihren Antrag vom 30.10.2018 nunmehr in folgender geänderter Version:

1. Die Beschlussfassung wird auf die erste Sitzungsperiode 2019 vertagt, um gerade die aktuellen Entwicklungen im Land und Bund mit zu berücksichtigen zu können.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen neuen Satzungsentwurf unter Berücksichtigung der Satzungen der Nachbarkommunen mit abgesenkten Gebühren in Höhe von 400.000 € zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Im Haushalt 2019 wird hierzu eine Mindereinnahme von 200.000 € vorgesehen.

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	1

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	35

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	35

31.2 Neugestaltung der Elternbeitragssatzung für die Tagesbetreuung

039/2018/4

Beschluss:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Satzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und OGS wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

32 Erlass einer neuen Entgeltordnung für die Nutzung von Sport- bzw. Veranstaltungsstätten sowie von Schulräumen und Schulflächen

155/2018

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes drückt Herr Feldmann sein Unverständnis darüber aus, warum ermäßigte Beiträge lediglich im Sportbereich und

nicht auch in anderen Bereichen gewährt werden. Dies sei ein verheerendes Signal an die Bewohner*innen Schwelms und zudem eine Ungleichbehandlung der Vereine.

Beschluss für die Ausschüsse:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der der Verwaltungsvorlage 155/2018 als Anlage 1 beigefügten neuen Entgeltordnung für die Nutzung von Sport- bzw. Veranstaltungsstätten sowie von Schulräumen und Schulflächen.

Beschluss für den Rat:

Der Rat beschließt die der Verwaltungsvorlage 155/2018 als Anlage 1 beigefügte neue Entgeltordnung für die Nutzung von Sport- bzw. Veranstaltungsstätten sowie von Schulräumen und Schulflächen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	36
	dagegen:	2

33 Freigabe von Verkaufssonntagen 2018 - Änderung 022/2018/1

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und verweist auf ihre Erläuterungen unter TOP 2 „Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit“, die sie zur Änderung der Tagesordnung wie folgt ausführte:

„Aufgrund des Eilantrages der Gewerkschaft Verdi zur Verhinderung der Öffnung der Verkaufsstellen am 16.12.2018 aus Anlass des Weihnachtsmarktes 2018 soll die aktuelle Verordnung aufgehoben und in heutige Ratssitzung neu beschlossen werden, um eine Grundlage dafür zu schaffen, dass die Veranstaltung am 16.12.2018 grundsätzlich rechtskonform durchgeführt werden kann.“

Danach erteilt sie Herrn Kirschner das Wort. *Der genaue Wortlaut des Wortbeitrages ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.*

Herr Flüshöh betont, dass die Stadt Schwelm keine Großstadt sei und die Ladeninhaber noch selbst im Laden stehen. Auch die vielen Ehrenamtlichen auf dem Weihnachtsmarkt seien über den Zulauf erfreut.

Herr Schwunk sieht die nunmehr vorgelegte Verordnung als die einzige Reaktionsmöglichkeit an. In diesem Zusammenhang äußert er, dass die Situation vermeidbar gewesen sei, wenn die jetzige Verordnung rechtzeitig verabschiedet worden wäre.

Herr Rüth (Fachbereichsleiter Bürgerservice) erwidert, dass die Ausführung des Herrn Schwunk nicht richtig sei. Die Änderung des Ladenöffnungsgesetzes sei zum Zeitpunkt der Ratssitzung am 22.03.2018 noch nicht in Kraft getreten gewesen. Auch habe es an der Vorlage angekündigter Handreichungen des Ministeriums gefehlt. Die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe der Verkaufssonntage in Schwelm sei folgerichtig auf Grundlage des zu diesem Zeitpunkt gültigen Ladenöffnungsgesetzes erfolgt. Die Gesetzesänderung sei am 30.03.2018 in Kraft getreten.

Die Ordnungsbehördliche Verordnung habe vom Rat am 22.03.2018 verabschiedet werden müssen, da sonst der verkaufsoffene Sonntag aus Anlass des Trödelmarktes am 06.05.2018 nicht möglich gewesen sei.

Die nächste Ratssitzung habe erst am 17.05.2018 stattgefunden.

Herr Weidenfeld nimmt Bezug auf den Tenor der Rede des Herrn Kirschner und würde es begrüßen, wenn die Position der SPD-Fraktion (Schwelm – die Stadt der kurzen Wege) sich auch in zukünftigen Beschlüssen zur Zentralisierung wiederfinden würde.

Beschluss:

Die beiliegende Änderung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	30
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	1

Frau Burbulla und Frau Dr. Philipp waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

34 Haushalt 2019

34.1 Satzung der Stadt Schwelm über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2019 190/2018

Beschluss:

Die als Anlage 1 der Sitzungsvorlage 190/2018 beigefügte Satzung über die Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

34.2 1. Änderung des Stellenplans 2019 / weitere Erläuterungen 132/2018/5

Frau Mollenkott erläutert den Ansatz der Personalkosten für den Haushalt 2019. Dabei stellt sie fest, dass das durch die Politik vorgegebene Personalkostenbudget unabhängig von Veränderungen im Stellenplan nicht überschritten worden sei.

Herr Flühöh hält fest, dass im Nachgang zur ersten Einbringung des Stellenplans 2019 eine Stellenausweitung um 2,9 Stellen ohne eine Erhöhung der Personalkosten erfolgt sei. In der Veränderung zum Stellenplan 2018 stelle er eine Stellenreduzierung von 0,66 Stellen fest. Die Verwaltung bestätigt diese Feststellung.

Anschließend wird die Vorlage 132/2018/4 zur Kenntnis genommen..

34.3 Haushaltssatzung, Sanierungsplan mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes, sowie Haushaltsplan mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2019

210/2018

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes 34.3. bittet Frau Grollmann die Fraktionen ihre nun folgenden Haushaltsreden dem Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss tragen Herr Kick für die SPD-Fraktion, Herr Flüshöh für die CDU-Fraktion, Frau Burbulla für die Fraktion DIE BÜRGER, Herr Gießwein für die Fraktion B'90/Die Grünen, Herr Schwunk für die FDP-Fraktion, Herr Dr. Bockelmann für die Fraktion SWG/BfS sowie die Ratsmitglieder Frau Lubitz und Herr Feldmann ihre Reden zum Haushalt vor.

Mit Ausnahme der FDP-Fraktion und der beiden Ratsmitglieder Frau Lubitz und Herr Feldmann bringen alle übrigen Fraktionen zum Ausdruck, dem Haushalt 2019 zuzustimmen.

(Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 ist dem Protokoll als Anlage beigefügt!)

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2019 wird beschlossen.
2. Der Haushaltssanierungsplan 2019 mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes wird beschlossen.
Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.
3. Für das Haushaltsjahr 2019 wird folgende Haushaltssatzung erlassen:
(siehe Anlage)
4. Die TBS werden beauftragt, die im Haushaltsplan der Stadt Schwelm veranschlagten technischen Maßnahmen und Dienstleistungen im Rahmen der ausgewiesenen Mittel nach den Regeln der Unternehmenssatzung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	

Frau Dr. Philipp und die Herren Stutzenberger und Pfeffer waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

35 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Frau Sartor bedankt sich in ihrer Funktion als stellvertretende Bürgermeisterin ausdrücklich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und wünscht eine gute Adventszeit.

Herr Philipp erkundigt sich nach dem Sachstand „Kommunalpolitik in die Schule“ (KidS). Herr Tolksdorf (Fachbereichsleiter Schule, Kultur, Sport) führt aus, dass die Schulen über die Mentoren informiert seien und man auf Rückmeldung warte.

Herr Feldmann gibt zu bedenken, dass man prüfen solle, zu welchem Preis Altbestände der städtischen Bücherei verkauft werden. Herr Tolksdorf erwidert, dass das Team der städtischen Bücherei sehr genau und kompetent den Altbestand prüfe und anbiete.

Frau Dr. Hortolani regt an, diese Thematik, sofern dann noch bestehend, im Kulturausschuss zu behandeln.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 27 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 10.01.2019	Vorsitzender gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--